



Medienmitteilung

22. Januar 2026

16. Treffen einer Delegation der Zentralschweizer Kantonsregierungen mit den eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus der Zentralschweiz vom 21. Januar 2026

Die Mobilität in der Zentralschweiz bleibt ein wichtiges Thema

Am 21. Januar 2026 fand das 16. Jahrestreffen der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) mit den Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern der Zentralschweiz statt. Im Fokus der Tagung standen die bedeutenden Infrastrukturvorhaben Durchgangsbahnhof Luzern (DBL) und Zimmerberg-Basistunnel 2 (ZBT 2) sowie der Bypass Luzern. Die ZRK bekraftigt ihre Unterstützung für diese Grossprojekte sowohl im Schienen- wie auch im Strassenverkehr. Beide Mobilitätssysteme sollen sich ergänzen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein Update zur Koordination der Spitalplanung in den Zentralschweizer Spitalplanungsregionen sowie Informationen zum Entlastungspaket 2027 des Bundes, insbesondere zur vorgesehenen Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs (SLA), rundeten die Veranstaltung ab.

Auf Einladung der Zentralschweizer Kantonsregierungen traf sich am Mittwoch, 21. Januar 2026, bereits zum 16. Mal eine Delegation der Kantonsregierungen mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern.

Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI): Studie Verkehr '45 und Botschaft 2027 zum Ausbau der Bahninfrastruktur

Die Nidwaldner Regierungsrätin Therese Rotzer-Mathyer, Präsidentin der Zentralschweizer Konferenz für öffentlichen Verkehr (ZKöV), zeigte sich erfreut darüber, dass die ETH-Studie «Verkehr '45» den Handlungsbedarf für den Ausbau der Infrastrukturen am Knoten Luzern sowie Richtung Zürich als unbestritten und dringend beurteilt. Die Studie kommt zum Schluss, dass der vollständige Ausbau des DBL zusammen mit dem ebenfalls priorisierten ZBT 2 die Bahn stärkt und sie zum Rückgrat der Mobilität zwischen Luzern, Zug und Zürich macht. Zudem wird die Nord-Süd-Verbindung innerhalb der Schweiz beschleunigt, was neue Perspektiven für den internationalen Personenverkehr eröffnet. Der Kapazitätsgewinn eröffnet auf verschiedenen Strecken im Mittelland neue Handlungsspielräume, sodass andere Projekte vereinfacht oder teilweise nicht mehr erforderlich sind.

Für die Finanzierung des Bahnausbau ist eine ausreichende und langfristig gesicherte Alimentierung des Bahninfrastrukturfonds (BIF) von zentraler Bedeutung. Über den BIF finanziert der Bund sämtliche Kosten für Ausbau, Betrieb und Unterhalt der Bahninfrastruktur. Die Zentralschweiz fordert eine stabile und verlässliche Finanzierung dieses Fonds. Ein entsprechender Vorstoss wurde vom Parlament an den Bundesrat überwiesen.

Strasseninfrastruktur: Bypass Luzern

Neben dem Schienenverkehr wurden auch Anliegen des Strassenverkehrs thematisiert, unter anderem gestützt auf ein Positionspapier der Zentralschweizer Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz (ZBUK). Der Bypass Luzern befindet sich derzeit im Plangenehmigungsverfahren; einzelne Beschwerden sind noch hängig.

Die Überlagerung von internationalem, regionalem und lokalem Verkehr führt aufgrund der Kapazitätsengpässe auf den Nationalstrassen A2 und A14 im Raum Luzern täglich zu erheblichen Staus in den Hauptverkehrszeiten. Bei Störungen kommt der Verkehr mangels Redundanzen rasch in der gesamten Region, auch auf dem untergeordneten Strassennetz, zum Erliegen. «Die ungenügende Leistungsfähigkeit der Mobilitätsinfrastruktur entwickelt sich zunehmend zu einem Standortnachteil für die Volkswirtschaften der Zentralschweizer Kantone», mahnt der Nidwaldner Regierungsrat Joe Christen, Präsident der ZBUK.

Angesichts des prosperierenden Wirtschafts- und Lebensraums Zentralschweiz sowie der überregional bedeutenden Tourismusregion mit internationaler Ausstrahlungskraft müssen sowohl die Schienen- als auch die Strasseninfrastruktur konsequent und zeitnah realisiert werden. Die Zentralschweiz zählt heute über 800'000 Einwohnerinnen und Einwohner und ist auf eine leistungsfähige, zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur angewiesen.

Update zur Koordination Spitalplanung / Spitalplanungsregionen und Informationen zum Entlastungspaket 2027 des Bundes – vorgesehene Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs (SLA).

Regierungsrat Damian Meier, Präsident der Zentralschweizer Gesundheitsdirektorinnen- und -direktorenkonferenz (ZGDK), informierte über den aktuellen Stand der Koordination der Spitalplanung innerhalb der Zentralschweizer Spitalplanungsregionen. Dabei betonte er die Verantwortung der Kantone für eine bedarfsgerechte und koordinierte Planung. Regionale Unterschiede erfordern regionale Lösungen, insbesondere mit Blick auf Topografie, Altersstruktur, Bevölkerungsdichte, Patientenströme sowie das Zusammenspiel zwischen ambulanter und stationärer Versorgung. In der Zentralschweiz arbeite man im Gesundheitswesen bereits jetzt eng zusammen, beispielsweise im Bereich der psychiatrischen Leistungserbringung, die in den Kantonen Zug, Uri und Schwyz gemeinsam und aus einer Hand erfolge. Die Zusammenarbeit werde laufend überprüft und wo sinnvoll weiter verstärkt.

Zudem erläuterte der Zuger Finanzdirektor Heinz Tännler, Präsident der Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK), die Auswirkungen des Entlastungspakets 2027 des Bundes, das unter anderem eine Kürzung des soziodemografischen Lastenausgleichs (SLA) vorsieht. Die Geberkantone haben eine gemeinsame Lösung zur Finanzierung der vorgesehenen Mittel für den Kanton Jura erarbeitet, unter der klaren Voraussetzung, dass auf die Kürzung des SLA verzichtet wird. Ziel ist es, den bewährten NFA-Kompromiss von 2020 zu sichern und eine Spaltung der Kantone zu verhindern.

«Der regelmässige Austausch zwischen den Zentralschweizer Kantonsregierungen und ihren Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern ist zentral. Nur im gemeinsamen Dialog lassen sich komplexe Herausforderungen wie Mobilität, Gesundheitsversorgung oder der Finanzausgleich lösungsorientiert angehen», betonte Regierungsrätin Ylfete Fanaj, Vorsitzende der Zentralschweizer Regierungskonferenz.

Die ausführlichen Unterlagen zum Treffen sind auf der ZRK-Homepage (www.zrk.ch), unter der Rubrik «Projekte», abrufbar.

Kontaktperson:

Regierungsrätin Ylfete Fanaj, LU, Präsidentin ZRK, Tel: 041 228 45 87 (ruft zurück)